



Seite 27

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/138

17. Juni 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Christliche Gemeinschaftsschule oder Konfessions- Schule	S.1
Russland und COMISCO	S.3
"Vertreibung aus dem Paradiese" -Zu Carlo Schmid's Parteitags-Referat-	S.4
Vor zwei Jahren - Der Jahrestag der Währungsreform	S.6
Adenauer kennt kein Gentleman agreement	S.7

Christliche Gemeinschaftsschule oder Konfessions-Schule?

-x. Es ist seit 1945 Mode geworden, die nationale Phrase in der politischen Propaganda der Jahre vor 1933 durch die christliche zu ersetzen. Erst in jüngerer Zeit tritt auch die Betonung der Nation zur christlichen Phrase wieder in Konkurrenz. Beide dienen im Grunde nur dazu, die Misserfolge und Unterlassungen auf sozialem Gebiet in den Hintergrund zu ziehen.

So wurde der Bundestagswahlkampf, zum Teil auch der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen, von der CDU fast ausschliesslich unter diesem Gesichtspunkt und der Parole Elternrecht bzw. Konfessions-Schule geführt. Die "christlichen" Parteien verlagerten damit den Wahlkampf auf ein Gebiet, auf dem sie sich der Unterstützung der Kirchen sicher wussten, die Kirchen verliessen den Grundsatz der politischen Enthaltsamkeit und stürzten sich in das Wahlgetümmel. In keinem der Fälle ging es jedoch um ethische Motive, sondern lediglich um den nackten Anspruch auf Macht und Einfluss.

Die unerfreulichen Auseinandersetzungen wurden nicht um die Minderung oder Beschränkung religiöser Interessen geführt; deren Unantastbarkeit ist im Grundgesetz garantiert und ausser den Kommunisten sind alle deutschen Parteien religiös tolerant. Die in Westdeutschland vorwiegenden christlichen Gemeinschaftsschulen garantieren allen Konfessionen den ihnen entsprechenden Religionsunterricht, der allein nach ihren Richtlinien und von Personen ihrer Konfessionszugehörigkeit gestaltet wird. Keine Konfession unterliegt irgend welchen

Beschränkungen, die Konfessionen untereinander sind zur gegenseitigen Toleranz verpflichtet und leben in diesen Schulen friedlich miteinander. Es ist erstaunlich und scheinbar unverstänlich, dass die christlichen Parteien diese Gemeinsamkeit zum Teil unter der Parole des Elternrechtes zerstören und die Schulen konfessionell trennen wollen.

Aber in der christlichen Gemeinschaftsschule sind ausser der Religion alle übrigen Schulfächer von konfessionellen Einflüssen frei. Die sachlichen Fächer werden von Fachlehrern betreut, die allein der Verantwortung der staatlichen bzw. kommunalen Schulverwaltung unterstehen und von diesen primär nach ihrer fachlichen Leistung beurteilt werden. So ist die Unabhängigkeit des Lehrpersonals der Schulen und die Freiheit der Kinder gesichert.

Konfessions-Schulen dagegen stehen unter dem direkten Einfluss der Kirchen. Dieser Einfluss beginnt mit der Ausbildung des Lehrpersonals an konfessionellen Seminaren. Anstellungen an Konfessionsschulen erhalten naturgemäss nur Angehörige der Konfession, fachliche Eignung ist nicht die erste Voraussetzung. Das besagt nicht, dass man an solchen Schulen auf fachliche Eignung keinen Wert lege. Aber Angehörige anderer Konfessionen, die als Minderheit ohne eigene Schule genötigt wären, an solchen Schulen Unterricht zu nehmen, stünden unter dem Einfluss religiös einseitig ausgebildeter Lehrkräfte.

Religion ist an solchen Schulen Hauptfach, da sie über den offiziellen Lehrplan hinaus auch den Lehrstoff anderer Fächer bestimmt, z.B. Lesen, Schreiben, Aufsatz, Diktat. Angehörige anderer Konfessionen stünden also stets unter Gewissenszwang. Auch die Beurteilung der Kinder erfolgt hier primär nicht nach ihrer sachlichen Leistung, sondern nach ihrer Verbundenheit mit der Konfession.

Und das Fazit? Ihren Einfluss auszuweiten und die Ausschliesslichkeit ihrer Konfession zu sichern, ist das Ziel der Kirchen. Ihn dient die Unterstützung der "christlichen Parteien", die ihrerseits den den Kirchen eingeräumten Einfluss auf die Schulen gegen christliche Wählerstimmen kompensieren wollen, so dass man sich solcherart gegenseitig in die Hölle spielt.

Es sind aber ebenso sehr finanzielle wie machtpolitische Erwägungen, die das Gros der Parteien gegen die Konfessionsschulen aufbringen. Nicht nur dem Staat und den Gemeinden entstünden für Errichtung und Erhaltung von oft kaum lebensfähigen Schulen für alle Konfessionen erhebliche neue Kosten. Auch jedem einzelnen von uns würden neben erhöhten Steuern erhebliche Ausgaben für neue konfessionsgebundene Lehrmittel erwachsen. Bei der Beschränktheit unserer Mittel wären solche Mehrausgaben kaum tragbar, zumal für sie auch keine Notwendigkeit besteht.

Russland und COMISCO

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Die Internationale Sozialistische Konferenz in Kopenhagen wurde von der Sowjetpresse totgeschwiegen. Dagegen wurde über die COMISCO-Konferenz im "Presse-Bulletin" des Zentral-Komitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion ausführlich berichtet. Aber dieses Bulletin ist in Russland ein Geheimdokument, welches nur den Mitgliedern des Zentralkomitees, den Sekretären der kommunistischen Parteien der verschiedenen Unionsrepubliken, den Ministern und einigen höheren Staats- und Polizeibeamten zugänglich ist.

Anstelle einer sachlichen Unterrichtung erfuhr aber der russische Leser aus wüsten Beschimpfungen der sowjetischen Presse, dass die sozialistische Internationale getagt hat. Ein aussenpolitischer Redakteur der "Prawda", M. Karinin, schrieb am 4. Juni einen Artikel über die "desorganisatorische Tätigkeit der rechtsozialistischen Führer". Die Hauptaufgabe der Konferenz in Kopenhagen sei die Festlegung der "Methoden zur Bekämpfung der Weltkampagne für das Verbot der Atomwaffe" gewesen. Gemeint ist der Aufruf des kommunistischen "Weltfriedenskongresses", der vor einigen Monaten hier in Stockholm tagte. In Kopenhagen seien die "Führer der Streikbrecher und Verräter" versammelt gewesen, die "Kriegshetzer und käuflichen Agenten des aggressiven noratlantischen Paktes". Auch die neue Gewerkschaftsinternationale, deren Leitung einige Tage vor der COMISCO-Konferenz in Brüssel tagte, wird mit ähnlichen Beschimpfungen überhäuft.

Man sieht, Moskau ist mächtig über die Aktivierung der internationalen Arbeiterbewegung aufgeregt. Es hat allen Grund dazu. Die Kommunisten haben auch dafür gesorgt, dass die COMISCO-Konferenz ein Nachspiel in Finnland erhielt. Die kommunistische und volksdemokratische Presse versuchte, aus der Teilnahme der finnischen Sozialdemokraten an der Konferenz in Kopenhagen einen aussenpolitischen Konflikt zu kombinieren. "Työkansan Sanomat" schrieb in einem Artikel "Philips und Tanner", dass die Sozialdemokraten aller Länder "die Vorbereitungen für einen neuen Weltkrieg durchführen" und dass die COMISCO-Konferenz in Kopenhagen eigentlich zu diesem Zweck zusammengetreten sei! "Vapaa Sana" meinte, dass die finnischen Sozialdemokraten durch ihre Teilnahme an der COMISCO-Konferenz eine gegen die Sowjetunion gerichtete Politik unterstützen. Dies sei aber nicht zulässig, weil Finnland mit Russland einen Freundschafts- und Beistandspakt unter-

zeichnet habe. Die kommunistischen Zeitungen forderten ein Eingreifen der Regierung und die Absetzung des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei. Diese Aufforderung war an die bürgerliche Regierung Kekkonens adressiert. Die Adresse war nicht unberechtigt, da Ministerpräsident Kekkonen den kommunistischen Friedensaufruf zusammen mit mehreren anderen finnischen bürgerlichen Politikern unterschrieben hatte und dafür mit viel Ehren in Moskau anlässlich der Unterzeichnung des finnisch-russischen Handelsvertrages empfangen wurde. Das zeigte deutlich, dass die bürgerliche Regierung gegenüber Moskau viel nachgiebiger ist als die frühere sozialdemokratische Regierung Fagerholm.

Das Zentralorgan der finnischen Sozialdemokratie "Suomen Sosialidemokraatti" antwortete auf die kommunistischen Angriffe mit einem sehr scharfen Artikel, in dem betont wurde, dass die finnischen Sozialdemokraten dasselbe Recht hätten, den internationalen Kommunismus zu bekämpfen wie die Kommunisten, die gegen die internationale Sozialdemokratie auftreten. Die Kommunisten in Finnland könnten keine Sonderrechte davon ableiten, dass Russland ein kommunistischer Staat ist. Im Übrigen sei die antikommunistische Resolution der COMISCO-Konferenz gegen die Kominform gerichtet. Seien die finnischen Kommunisten etwa beauftragt, "den Kominform zum offiziellen Wortführer der Aussenpolitik der Sowjetunion zu erklären"?

Das ganze Verhalten der russischen und ausländischen kommunistischen Presse zeigt, dass natürlich zwischen den zwei kommunistischen Instanzen keinerlei politische Unterschiede bestehen und dass trotz der kominformistischen Adresse der COMISCO-Resolution die Moskauer Regierung sich getroffen gefühlt hat.

"Vertreibung aus dem Paradiese"

sp. Unter dieser Überschrift befasst sich "Die Gegenwart" mit dem Referat Carlo Schmid auf dem Hamburger Parteitag, insbesondere mit dem Ausspruch Schmid, niemand dürfe verlangen, in der Sozialdemokratischen Partei eine geistige Heimat zu finden. Wir entnehmen den Ausführungen der Gegenwart u.a.:

"Manche Menschen verdriesst es, dass auf der Welt nicht alles sauber in Schubladen eingeteilt ist; sie können sich von der Vorstellung nicht freimachen, dass Carlo Schmid nicht die Opposition gegen Kurt Schumacher verkörpert. Die schlichte Wahrheit ist, dass Carlo Schmid nicht einmal daran denkt, einen Gegensatz gegenüber Schumacher dar-

stellen zu wollen, und dass er, falls es so etwas gibt, der eigentlichen Schumacher-Gruppe innerhalb der Partei angehört.

Der Gegner von Carlo Schmid war also nicht Kurt Schumacher, von dem man weiss, dass er die Auffassung Schmid über das Verhältnis von Partei und Weltanschauung aus den letzten eigenen Anschauungen heraus teilt. Carlo Schmid hatte sich vielmehr mit mächtigen Vergangenenheiten der sozialdemokratischen Bewegung herumzuschlagen, mit Stimmungen, die als Erbe dieser Vergangenenheiten weiterleben. Die Hörer, die da vernahmen, dass ihnen die Partei nicht mehr geistige Heimat sein soll, fassten das unbarmherzige Wort Carlo Schmid wie eine Anstreibung aus dem Paradies auf. Für die Frauen ist es besonders schwer, "im Schweigen der Seele zu kämpfen", wie das Schmid letztlich forderte. Nach seiner Auffassung stossen Menschen mit verschiedenen geistigen Heimaten zum Sozialismus. Sie ziehen Kraft und Stärke aus diesem alten geistigen Heimatboden.

In der Sache sind alle Theorien Schmid nahezu "gang und gäbe". Sie beruhen auf Erkenntnissen, wie sie im Abendland seit langem schon unverlierbar und beinahe selbstverständlich geworden sind, dass der Geist kein Abklatsch der politischen und sozialen Mächte, nicht nur Schaum auf der Welle, sondern in tiefstem Grunde "frei ist". Es gibt ökonomische Voraussetzungen gewisser menschlicher Ideale, das wiederholte nun Carlo Schmid mit einem Feuerwerk von Geistesblitzen, es gibt ökonomische Verhältnisse, die eine Entfaltung bestimmter Ideale erleichtern oder hemmen, aber die Ideale entstehen in ihrem Kern unabhängig davon. Es war eine verhängnisvolle Täuschung, zu glauben, dass sich das religiöse Bedürfnis der Menschen an sich je decke mit den sozialen und geschichtlichen Formen und Kräften, in denen es sich im Laufe der Jahrhunderte verkörpert.

Das alles ist als Auffassung unausweichbar, solange man überhaupt einen sozialdemokratischen Sozialismus will. Die Sterbestunde der Freiheit ist jedesmal gekommen, wenn politische Bewegungen sich mit einer Heilslehre verbinden und "die letzten Dinge" in ihr Programm aufnehmen. Das führt zu vergotteten irdischen Wirklichkeiten, die unbedingten Gehorsam von allen Menschen verlangen und verlangen müssen.

Dass die Dinge nur so gedacht werden können, ist seit langem im deutschen Sozialismus klar. Niemand vertritt im letzten Grunde andere theoretische Auffassungen. Wo es geschieht, ist rasch die Grenze erreicht, die Sozialismus und Kommunismus in der Welt scheidet.

det. Nicht Theorien stellen sich den Auffassungen von Carlo Schmid entgegen, sondern Stimmungen. Er hat ganz kompromisslos Weltanschauung und Partei voneinander geschieden. Carlo Schmid hat das Wort nicht gebraucht, das wie ein Gifthauch gewirkt hat. Aber alles, was er sagte, war ein Todesurteil für dieses Wort von der "sozialistischen Kultur". Kein neuer Glaube wächst mit dem Sozialismus heran. Kein Gott wird durch ihn entthront."

- - - -

Vor zwei Jahren

sp. Vor zwei Jahren geschah ein Wunder. Vor zwei Jahren füllten sich die Schaufenster über Nacht mit lang entbehrten Waren, von denen wir bis dahin kaum zu träumen gewagt hatten. Vor zwei Jahren begann das Leben vom Vegetieren, vom bloßen Nicht-sterben-wollen sich wieder zum wirklichen Leben zu wandeln.

Das alles geschah buchstäblich über Nacht; das Wunder hatte sich in dem Augenblick bereits vollzogen, als wir am Morgen das Kalenderblatt des vergangenen Tages abrissen - sofern wir einen Kalender besaßen; wenn nicht, so konnten wir ihn heute kaufen - nur: ein Wunder war es in Wirklichkeit nicht. Es sah nur so aus.

Wo gestern nicht ein Blechlöffel aufzutreiben war, gab es Bestecke sonder Zahl aus Aluminium, Nickel, Chromstahl, Silber; wo gestern keine irdene Schüssel zu haben war, türmten sich Berge von Porzellan, Steingut und Keramik, dass einem das Herz übergang von soviel Reichtum, Pracht und Überfluss.

Vor zwei Jahren geschah das, und wir sollten uns daran mindestens zu jedem Jahrestag erinnern, wenn es uns nicht ohnehin angesichts der immer reichhaltiger gefüllten Schaufenster tagtäglich vor Augen steht. Und wir sollten vor allem uns bewusst sein, dass dieses Wunder kein Wunder, sondern dass es der Triumph des krassesten Egoismus war. Über Nacht wurde offenbar, dass alle die unzähligen Dinge, Löffel und Schüsseln, Nadeln und Zwirn, Nägel und Schrauben; Leder und Linnen und dazu eine Fülle von Obst und Nahrungsmitteln bei uns in Überfülle vorhanden waren, während wir jahrelang für alles dies die Hilfe und die Wohltätigkeit des Auslandes in Anspruch genommen hatten. Allzu deutlich wurde offenbar, dass es zwar im Auslande Menschen gab, deren Nächstenliebe Vorurteile, Ressentiments

und Feindschaft überwinden konnte, dass aber im eigenen Lande Egoismus und Krämergeist Mitleid und Mitgefühl überwogen.

Nach zwei Jahren ist uns das Bild der gefüllten Schaufenster und Regale so zur Selbstverständlichkeit geworden, dass wir uns kaum mehr der Kläglichkeit der ersten Nachkriegsjahre erinnern. Es ist auch nicht nötig, dass wir uns das Elend dieser Jahre ins Gedächtnis zurückrufen; nur jenen Moment der Wändlung wollen wie nie aus den Augen verlieren, jenen Moment, der mit dem Bild der lang ersehnten gefüllten Schaufenster in uns nicht die Freude wachrief, sondern die Scham. Und da die, die es im Grunde angeht, sich gewiss nicht schämen, bleibt uns nichts, als uns für sie mit zu schämen. R.G.

- - - - -

Der Bundeskanzler kennt kein Gentleman Agreement

sp. Auf Anregung des NWDR war zwischen den am Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen beteiligten Parteien und dem Rundfunk vereinbart worden, dass die Sendungen der Parteien zur Wahl von blosser Polemik frei bleiben sollten. In diesen Wahlsendungen sollten die Parteien ausschliesslich die von ihnen bisher in Nordrhein-Westfalen verfolgte Politik kommentieren und ihre Ziele für die Zukunft darlegen.

Sämtliche Parteien erklärten sich mit dem Verlangen des NWDR einverstanden, dass ihm das Recht zugestanden würde, Rundfunkansprachen, deren Manuskripte diesem Abkommen nicht entsprechen würden, zurückzuweisen.

Am 16. Juni abends sprach Dr. Adenauer im NWDR für die CDU. Nicht mit einem Wort ging er auf die Politik seiner Partei in Nordrhein-Westfalen ein, nicht ein Wort widmete er den Absichten, die die CDU in Zukunft hier verfolgen wolle. Seine Ansprache war eine einzige Polemik gegen die SPD, in der nichts an den bekannten Verdächtigungen, Unterstellungen und Wahrheitsverdrängungen fehlte. Nicht ein Satz dieser Rede entsprach dem von den Parteien und dem NWDR vereinbarten Gentleman Agreement. Dem NWDR kann man den Vorwurf nicht ersparen, dass er von seinem Einspruchsrecht keinen Gebrauch gemacht hat.

Getrauten sie sich nicht, weil der Sprecher, der das Abkommen brach, der Bundeskanzler war?